

THORSTEN GLAUBER

Für Sie im Landtag

Liebe Leserinnen und Lesern,

hinter uns liegen ereignisreiche Wochen. Nach der Vereidigung des neuen Kabinetts und nachdem unsere Fraktion in den vergangenen Wochen die Arbeitsfähigkeit des Landtags sowie der Staatsregierung hergestellt und sich selbst einen neuen Vorstand gegeben hat, stand diese Woche die Verteilung der Landtagsausschüsse und die Wahl der Fachsprecherposten auf der Agenda. So viel sei vorweggenommen: wir konnten uns den Vorsitz über drei wichtige Ausschüsse sichern und durch die Anwendung des d'Hondt-Verfahrens, das die Mehrheitsverhältnisse am besten abbildet, auch dafür sorgen, dass die beiden Regierungsfractionen den Vorsitz über staatspolitisch relevante Ausschüsse innehaben.

Mit dem Amtsantritt am 09. November begann für mich meine zweite Amtszeit als Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz.

Viel Spaß beim Lesen.



IN DIESEM NEWSLETTER

VEREIDIGUNG DES KABINETTS

**AMTSEINFÜHRUNG
BAYERISCHES
STAATSMINISTERIUM FÜR
UMWELT UND
VERBRAUCHERSCHUTZ**

**FW-FRAKTION FORDERT
STRIKTE GRENZKONTROLLEN**



Vereidigung des Kabinetts

Wie bereits in der 18. Legislaturperiode werden wir FREIE WÄHLER im Landtag die drei wichtigen Ressorts Wirtschaft, Kultus und Umwelt innehaben. Darüber hinaus werden wir zu unserer großen Freude künftig auch den bayerischen Digitalminister stellen. Damit kommen wir unserem Ziel, die digitale Transformation im Freistaat über alle Bereiche hinweg weiter voranzutreiben, ein großes Stück näher.

Als Minister vereidigt wurden Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie), Thorsten Glauber (Umwelt), Dr. Fabian Mehring (Digitales) und Anna Stolz (Bildung). Sowohl sie als auch der neu ernannte Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Tobias Gotthardt bringen wegen ihrer jahrelangen Erfahrungen auf allen politischen Ebenen des Freistaats hervorragende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Amtsführung mit. Mehr dazu [HIER](#).



Amtseinführung: 2023 bis 2028 werden Jahre des Machens

Mit verschiedenen Schwerpunkten in den Bereichen Klima, Wasser und Artenvielfalt startet das Bayerische Umwelt- und Verbraucherschutzministerium in die neue Legislaturperiode. Bayerns Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu heute in München: "Vor uns liegen Jahre des Machens. Wir haben viele große Projekte auf den Weg gebracht. Das neue Klimaschutzgesetz stellt die Weichen Richtung Klimaneutralität 2040. An diesem Ziel werden wir weiter mit großem Einsatz arbeiten. Wir fordern dazu vom Bund, die Länder mit mindestens 25 Prozent an den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zu beteiligen. Auch die Themen Klimaarchitektur und klimaangepasstes Bauen wollen wir stärken. Außerdem wollen wir bis 2040 in Bayern 55.000 Hektar Moorfläche wiedervernässen." Zudem sollen der Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie der schonende Umgang mit Ressourcen vorangebracht werden, beispielsweise durch neue Reparatur-Cafés. Zur Unterstützung der Kommunen soll die kommunale Förderrichtlinie Klimaschutz fortgesetzt und erweitert werden. Eine zentrale Säule wird daneben die Anpassung an die Folgen des Klimawandels sein. Dazu zählt vor allem die öffentliche Wasserversorgung. Glauber: "Der zurückliegende Hitzesommer hat erneut die herausragende Bedeutung des Themas Wasser gezeigt. Bayern ist Wasserland."

Unser Ziel ist es, Wasser zu sparen, zu speichern und in alle Regionen Bayerns zu verteilen. Auch zukünftig soll in Bayern jederzeit und überall Wasser in bester Qualität und in ausreichender Menge verfügbar sein. Die öffentliche Trinkwasserversorgung hat bei der Wasserverteilung immer Vorrang. Begleitend werden wir einen zweckgebundenen Wassercent einführen." Zusätzlich werden das Hochwasserschutzprogramm und das Starkregenmanagement weiter ausgebaut.

Im Naturschutz sollen wichtige Projekte weiter vorangetrieben werden, insbesondere im kooperativen Naturschutz. "Mit dem Volksbegehren Plus haben wir ein neues Zeitalter beim Schutz der Artenvielfalt eingeleitet. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortsetzen. Das Vertragsnaturschutzprogramm soll bis 2028 auf 200.000 Hektar ausgeweitet werden. Den Streuobstpakt bringen wir weiter voran und wir stärken unsere Naturparke und die Landesgartenschauen. Zudem schaffen wir in allen Landesteilen die Voraussetzungen für den Ausbau des naturnahen Tourismus", so Glauber. Aktuell werden im Vertragsnaturschutzprogramm rund 160.000 Hektar Fläche gefördert.

Außerdem wird Bayern im kommenden Jahr Vorsitzland der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK). "In unserer zunehmend komplexen Welt ist Verbraucherschutz eine zentrale Aufgabe. Das Verbraucherschutzsystem in Bayern soll insbesondere mit einer Digitalisierungsoffensive weiter verbessert werden. Als Vorsitzland der VSMK wollen wir aktuelle verbraucherpolitische Themen aufgreifen", bekräftigte Glauber. Ziele sind dabei vor allem eine umfassende Verbraucherinformation und Produktsicherheit. Die VSMK 2024 soll vom 12. bis 14. Juni in Regensburg stattfinden.

Auch der Tierschutz soll weiter gestärkt werden. Dazu soll die Förderung der Tierheime fortgesetzt werden. Um die flächendeckende tierärztliche Versorgung zu sichern, wird das Zukunftskonzept Landtierärzte fortgesetzt. Ergänzend soll eine Landtierarztquote eingeführt werden.

Fraktion gedenkt Opfer der Reichspogromnacht 1938

Am 9. November jährte sich die Reichspogromnacht zum 85. Mal. Die Nationalsozialisten hatten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 grausame Gewalttaten an Juden begangen, ihre Geschäfte geplündert und zahlreiche Synagogen in Deutschland zerstört – es war der bittere Auftakt zum Grauen der Shoah. Gerade in Ausübung unseres Mandats bleibt die Brutalität des Dritten Reichs eine dauerhafte Mahnung zu historischer Aufklärung, Wachsamkeit, Achtung der Menschenwürde, Toleranz und Wahrung von Rechtsstaatlichkeit. Für uns ist es Aufgabe und Verpflichtung zugleich, aus der Vergangenheit zu lernen und Verantwortung für ein demokratisches Miteinander zu übernehmen.

Auch deshalb schauen wir in diesen Tagen mit großer Sorge auf die aktuellen Geschehnisse im Nahen Osten: Mit Entsetzen haben wir den Terror der Hamas gegen Israel und seine Bevölkerung zur Kenntnis nehmen müssen. Wir FREIE WÄHLER stehen solidarisch an der Seite Israels, dessen Existenzrecht für uns nicht verhandelbar ist. Leider haben antisemitische Straftaten auch hierzulande deutlich zugenommen. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Schutz von Jüdinnen und Juden in Deutschland zu gewährleisten. Ihre Sicherheit hat für uns oberste Priorität. Weitere Informationen [HIER](#).

Irreguläre Zuwanderung: Fraktion fordert strikte Grenzkontrollen und beschleunigte Asylverfahren



Das Ausländerwesen muss vom Bund endlich vernünftig statt ideologisch gestaltet werden. Dazu gehören für uns verstärkte Grenzkontrollen durch die hierfür zuständige Bundespolizei. Mit Kontrollen der Bayerischen Grenzpolizei per Schleierfahndung sollen illegale Schleusergruppen zudem noch konsequenter verfolgt werden. So kann irreguläre Zuwanderung effektiv verhindert werden. Darüber hinaus müssen Asylverfahren beschleunigt werden, um schnellere Entscheidungen herbeizuführen und Gerichte sowie Behörden zu entlasten. Auch die Rückführung sowie die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber muss deutlich schneller abgewickelt werden. Die Schweiz macht uns vor, wie mit effizienten Rückkehrhilfen langwierige

Verfahren vermieden werden. Der Bund ist gefordert, hier endlich aktiv auf eine europäische Einigung hinzuarbeiten, statt bloß große Reden zu schwingen.

Gleichwohl begrüßen wir die Absicht der Bundesregierung, Asylbewerber schneller in Arbeit zu bringen. Das Nachjustieren von Symptomen, wie Bezahlkarten und konsequenteren Abschiebungen, ist wichtig, kann jedoch im Vergleich zur grundlegenden Reformierung der Verfahren nur begleitende Wirkung entfalten. Denn so viel muss inzwischen klar sein: Der eigentliche Schlüssel, um die Überforderung von Kommunen, Sozialsystemen und Gesellschaft zu verhindern, liegt in der wirkungsvollen Vermeidung langwieriger Asylverfahren im Inland. Mehr lesen Sie [HIER](#).